ZEITGEIST

"Zeitgeist": Ein paar Vorbemerkungen über konjunkturgerechtes Denken

Seine Gedanken einfach dem "Zeitgeist" zuschlagen, mag so leicht niemand. Wer läßt sich schon gerne nachsagen, unkritisch einer "weitverbreiteten Stimmungslage" zu erliegen oder gar bloß "modisches" Gedankengut zu vertreten? Ein aufgeklärter Bürger hängt sein Fähnchen schließlich nicht nach dem Wind und braucht zum Denken keine Anleitung. "Von gestern" will allerdings auch keiner sein, wenn gerade "Umdenken" angesagt ist. Wer sein Bewußtsein "auf der Höhe der Zeit" hält, denkt mit und beweist, daß er nicht stur an liebgewordenen Denkgewohnheiten festhält

Mit blinden Opportunisten möchten Demokraten eben nicht verwechselt werden; und damit liegen sie zumindest nicht völlig daneben. Es geht aber an der Sache vorbei, wenn sie die von ihnen geschätzte Zeitbezogenheit ihrer Anschauungen gleich für eine Eigenart des Denkens halten wollen. Wer sich ein objektives Urteil bildet, der will die Identität eines Gegenstands bestimmen, die sich durch äußere (z.B. Zeit-) Umstände gerade nicht ändert. Sein Denken ist dabei weder so frei, einmal gefundene Bestimmungen einer Sache je nach Laune oder "Zeit" durch neue zu ersetzen, solange die alten sich nicht als Irrtümer herausgestellt haben, noch so abhängig von zeitlich verschiedenen Erscheinungsformen seines Objekts, daß sie nicht von dessen Identität unterschieden werden könnten.

Wer dagegen auf "zeitgemäßes" Denken Wert legt, der kennt sowohl äußere Maßstäbe für das, was er eingesehen haben will, wie ihm auch Anpassung an diese Maßstäbe als Inbegriff seines Denkens gilt. Da er sich an den "Anforderungen der Zeit" orientieren will, prüft er sie nicht, sondern gibt ihnen durch sein vorausgesetztes Bedürfnis den Schein von Objektivität. Er ist also bereit, geistig jeden Schwenk mitzumachen, wenn er seine "Zeit" nur unter dem Gesichtspunkt einer moralischen Notwendigkeit betrachten kann. Auf Neues stellt er sich nur ein, wenn er es "eingesehen" hat. Der Opportunismus dieses Bewußtseins ist anspruchsvoll: Er möchte *Anpassung aus Freiheit* sein!

Die geistige Lage der Nation 1987

15

20

25

30

35

scheint, wenn sie etwa mit Realität und Meinung der frühen 70er Jahre verglichen wird, eigentümlich paradox. Damals gab es Vollbeschäftigung, neue Ausbildungschancen für die Jugend, Überstunden und steigende Löhne, Hallenbad- und U-Bahn-Bau, eine "Entspannungsphase" und weit und breit keine Kriegsgefahr. - Damals wurde der Profit skeptisch betrachtet bis verteufelt, die "Belastbarkeit der Wirtschaft" für soziale Ziele erprobt, der Wehrdienst verweigert, und eine gar nicht so kleine Minderheit konnte "die Herrschenden " vom Rest des Volkes unterscheiden und ergriff Partei für "die Unterprivilegierten". Linke hatten eine noch schlechtere Meinung vom Ganzen, deren empirische Untermauerung - da sie selbst keine hinreichenden Belege fanden - sie von einer kommenden Krise erhofften.

Heute gibt es 2,5 Millionen offizielle Arbeitslose, seit fast 10 Jahren sinkende Löhne und Renten, die fortschreitende Auflösung des Normalarbeitstags, "Perspektivlosigkeit" in der Ausbildung, immer mehr Rüstung, und die "Kriegsgefahr" wird amtlich an die Wand gemalt. Also dieselben Objekte und Themen der Kritik wie früher, nur deutlich schlimmer. Wer damals das klassische Erscheinungsbild des Kapitalismus nicht so recht entdecken konnte, dem bietet es sich jetzt schon mit bloßem Auge dar: Überarbeit, Unterbeschäftigung, Militarismus, Krieg.

 Nur, seltsamerweise ist heute die Kritik daran verstummt.
Das wird wohl daran liegen, daß die Opposition von gestern und der innere Frieden von heute doch mehr miteinander zu tun haben, als es auf den ersten Blick aussieht.

Von der Kritik zum Problembewußtsein

5

10

15

20

25

30

35

40

Schon die alte Kritik, die Schuldige - verkrustete Strukturen und ungerechte Nutznießer - nannte, schloß immerhin den Glauben an die prinzipielle Nützlichkeit und Verbesserungsfähigkeit des "Systems" ein. Das Angebot Willy Brandts, den Staat als *Mittel* aller zu kurz gekommenen Interessen anzusehen und als ersten Schritt zur Verwirklichung dieses guten Zwecks SPD zu wählen -, wurde angenommen und von manchen, als die verheißenen Wohltaten sich dann doch nicht einstellen wollten, als nicht weitgehend genug empfunden. So bestätigten auch sie sich, in einer eigentlich guten Ordnung zu leben.

An diesem Glauben hat sich erst einmal nicht viel geändert. Nur ist die Konsequenz, die aus der Einbildung "eigentlich" volksfreundlicher Aufgaben der Demokratie gezogen wird, heutzutage eine andere. Das Ausbleiben positiver Wirkungen der Staatstätigkeit auf den eigenen Geldbeutel, die Gesundheit und die Völkerfreundschaft, ja selbst die zunehmende Beeinträchtigung dieser Anliegen will zu keiner Kritik am *Staat* mehr führen, weil die Unzufriedenheit unterderhand ihren Standpunkt gewechselt hat. Arbeitslosigkeit und Kriegsgefahr, Ausbeutung und Umweltvergiftung gelten nicht mehr als Schädigung der Betroffenen, aus der diese Ansprüche an die Nation und ihre Wirtschaft ableiten könnten; statt dessen wird jeder Schaden - und dafür kann er gar nicht groß genug sein - als *Not und Gefährdung der staatlichen Ordnung* genommen, aus der lauter Ansprüche der Herrschaft an ihr Volk erwachsen. Der, zunächst bei der wachsenden Arbeitslosigkeit, dafür eingeführte Titel heißt "Problem".

Diese Betrachtungsweise schließt die Meinung, im Prinzip seien Staat und Wirtschaft nach wie vor nützliche Bedingungen für das Fortkommen der Bürger mit der negativen Erfahrung, daß dieser "Nutzen" in lauter Belastungen besteht, aufs glücklichste zusammen. Erstens ist im "Problem Arbeitslosigkeit" ("Frieden", usw.) in der Form sachgesetzlicher Unmöglichkeit ebenso ausgesprochen, daß dieser Gegenstand der Unzufriedenheit nicht beseitigt wird, wie mit der Haltung der Besorgnis darauf verwiesen wird, daß der Regierung die Arbeitslosen nicht gleichgültig sind. Zweitens widerfährt den Opfern der Politik damit die ideelle Anerkennung ihrer geschädigten Interessen, indem sie als *praktisch durchsetzbare* zurückgewiesen werden. Und drittens enthält gerade die Berufung auf die Ohnmacht der Politik, ihre an und für sich segensreichen Zwecke zu vollbringen, den Aufruf ans Volk, durch *gemeinschaftliche Anstrengung* den hilflosen Verantwortlichen beizustehen: Die Größe der eingetretenen Verarmung beweist

inzwischen unwiderleglich, wie schwer sich Blüm und Konsorten mit ihrer Beseitigung tun und welche zusätzlichen Opfer diese harte Aufgabe mal wieder wert ist!

Daß diejenigen, die damit in Anspruch genommen und zur Kasse gebeten werden, eine solche Definition ihrer Lage auch übernehmen, stellt ihrer politischen Urteilsfähigkeit ein schlechtes Zeugnis aus. Sie könnten ja erkennen, daß die Glaubwürdigkeit des Spruchs, für so kolossale Probleme wie... gebe es "keine Patentrezepte", allein darin liegt, daß kein maßgebliches Interesse dafür einstehen will, die Arbeitslosen mit Einkommen zu versorgen, die kriegsträchtigen Ansprüche der Nation fallenzulassen oder die Benutzung der Natur als Industriekloake zu verhindern. Bei Export und Rüstung wird schließlich auch nicht nach" Patentrezepten" gefragt die werden gemacht! Auch, daß keine der politischen Parteien den anderen gegenüber mehr Stiche mit der früheren Heuchelei machen will, das Volk könne sich ausgerechnet von ihrer Wahl etwas versprechen, die Parteien sich vielmehr wechselseitig auf die "Sachzwänge" festlegen, an denen sie nicht rütteln wollen, könnte Anlaß zu Zweifeln an ihren guten Absichten sein. Sie stellen die "Systemfrage" doch laufend so, daß jedem Betroffenen nur die Wahl zwischen der Zustimmung zu ihrer "Problemverwaltung" unter Aufgabe der eigenen Ansprüche und der grundsätzlichen Gegnerschaft zu dem ganzen Getriebe bleibt. Hätte irgendwer seine treuherzige Unterstellung, der Staat habe letztendlich ihm zu dienen, je praktisch ernstgenommen, dann müßte ihn spätestens diese offensiv betriebene Widerlegung - das geht gar nicht - doch wohl in seinem Glauben erschüttern

Offensichtlich funktioniert der Verstand moderner Untertanen aber anders. Sie scheinen bei allem, was ihnen zugemutet wird, ohne daß sie vorher gefragt würden, nur eine Sorge zu kennen: ob sie auch ideell als Subjekte der Zwänge einbezogen werden, die an ihnen exekutiert werden. Die Trennung ihrer Einbildung, irgendwie ginge es schon um sie, von jeder tatsächlichen Einmischung in die Staatsgeschäfte, ist im allgemeinen "Problembewußtsein" vollständig.

Vom Problembewußtsein zum haltlos-moralischen Urteil

5

10

15

25

30

35

40

Mit dem akzeptierten Bescheid, daß Schädigungen aller Art heutzutage keinen Einwand gegen ihre Verursacher mehr begründen, ist die bewirkte Unzufriedenheit natürlich nicht verschwunden. Beschwerden und Kritik der Verantwortlichen gibt es durchaus. Nachdem das, was sie tun, aber als unbezweifelbare Notwendigkeit und schwere Aufgabe abgehakt ist, die mißliebigen "Probleme" selbst als *unvermeidlich* angesehen werden, bleibt dem Willen freier Bürger zum Urteil allerdings nur ein Feld des "Mitredens" übrig: Tut jeder an seinem Platz das Mögliche, oder zeigt er durch *Abweichung* vom akzeptiert Nötigen, daß er seine *Pflichten* nicht kennt?

Das einzige, worüber die befriedete Nation kurzfristig noch in echte Aufregung versetzt werden kann, sind entdeckte Pflichtverletzungen: bei den Parteispenden geltende Gesetze mißachtet, bei Tschernobyl nicht rechtzeitig und konfus informiert, beim U-Boot-Geschäft mit Südafrika nicht mit offenen Karten gespielt usw. *Solche* "Skandale" sind aber nicht von ungefähr kurzfristig. Bei ihrer moralischen Beäugung kommt nicht der Standpunkt des Untragbaren auf, weil das moralische Interesse nicht einmal die zur Allgemeinverbindlichkeit aufgebauschte Form eines *wirklichen* Interesses, sondern von vornherein *methodisch* ist. Ohne Aufklärung über das bei der Parteienfinanzierung, dem Betrieb von Atomkraftwerken usw. "Normale" und "Notwendige" hätte

schon niemand bemerkt, welche ungehörigen Auswüchse da eingerissen sind; entsprechend ist die Empörung auch wieder zufriedengestellt, wenn bei Gesetzesübertretungen, Umweltkatastrophen und sonstigen Erschütterungen des Gewohnten der Nachweis erbracht werden kann, daß sie den Regeln einer geordneten Staatsführung nicht widersprechen.

Beruht das - weder auf die Inhalte des politischen Amts bezogene noch zur eigenen Lage ins Verhältnis gesetzte - Urteil über die verantwortliche Pflichterfüllung somit rein auf der Darstellungskunst der Verantwortlichen, dann kann deren Glaubwürdigkeit auch nur am Charakter der Amtsinhaber überprüft werden. So kommt auch der persönliche Geschmack noch zu der Ehre, als Maßstab der moralischen Grundsatz"entscheidungen" zu taugen; und Leute, die vom Amt des Helmut Kohl nichts weiter wissen wollen, als daß es getan werden muß und zwar gescheit, ergötzen sich am Bild der "Birne" und mäkeln denn daran hängt irgendwie alles - über sein "unsägliches Deutsch". Anderen geht es umgekehrt.

Den Gipfelpunkt seiner Haltlosigkeit erreicht dieses pflichtbesessene Meinen freilich dort, wo es vom Gesichtspunkt gültiger nationaler Aufgaben entbunden ist und sich wirklich frei in seinem Gegensatz des "Ordnungsgemäßen" und des "Ordnungswidrigen" herumtreiben kann. Getreu dem Prinzip, daß man sich eine eigene *Meinung* desto weniger nehmen läßt, je weniger auch bloß dem Schein nach davon abhängt, finden Bundesbürger den Gorbatschow-Goebbels-Vergleich ihres Kanzlers "vielleicht doch nicht so gut" - und meinen es weder in dem Sinn, daß sie mehr von den Russen halten, noch so, daß ihnen die Hetze in anderer Form lieber wäre. "Die wissen ja nicht, was sie wollen", lautet der Befund, wenn Amerika einmal Libyen bombardiert, einmal Geschäfte mit Geiselnehmern macht - der Angesprochene ist offenbar der Ansicht, die Amis müßten sich für irgendwas entscheiden. Warum, steht da gar nicht zur Debatte. Und so fort. Der Ertrag dieses geistigen Mitmischens ist bescheiden, obwohl es offenbar sehr auf ihn ankommt: Man ist überall dabei, am Erfolg aller möglichen Sachen, die man überhaupt nicht kennt, wahnsinnig interessiert und von Ausrutschern tief "betroffen". Boris Becker trennt sich von seinem Trainer - mußte das sein? Tränen!

Vom Verantwortungsgetue zum Selbstgefühl

15

20

25

30

35

40

In dem Bewußtsein, daß er die schonungslose Offenlegung aller Zeitprobleme durch eine universelle Verantwortungshaltung honoriert, fühlt sich jedermann bestens aufgehoben. Wie er sich gegenüber anderen, auch der Staatsmannschaft, als Mitglied einer verschworenen Schicksalsgemeinschaft aufführt, deutet er auch die eigene Lage als *persönliches Schicksal*. Schon im Jugendalter beherrschen Zeitgenossen die Kunst, sich bei allem, was ihnen widerfährt, nicht für dessen Grund und was daraus für die eigenen Absichten folgt, sondern dafür zu interessieren, wie sie es *bewältigen*. Diese psychologische Selbstdeutung ist zwar nicht neu. Neu ist jedoch, daß der Rückbezug auf die eigene Befindlichkeit im 87er Zeitgeist eine *Urteifsform* geworden ist, die auf so gut wie alles angewandt wird, auch wenn es der Sache nach um die eigene Person gar nicht geht. Über Kernkraftwerke gibt es z.B. nur zwei gültige Diskussionsstandpunkte: Entweder man vergleicht Nutzen und Kosten hin und her und vergewissert sich so der Dimensionen des vorliegenden "Problems". Oder man gibt der eigenen "Betroffenheit" Ausdruck - was keineswegs die Betroffenheit von irgendwelchen Strahlungsrisiken meint, sondern die *Gefühlslage*, die einen dabei beschleicht. Fragen der Art: "Halten Sie Kernkraftwerke für sicher?", liegen näher bei der

Erkundigung "Wie fühlen Sie sich?" als bei der Erörterung einer Energiepolitik, die sich weder von der Sicherheit noch von den Gefühlen der Leute abhängig macht. Sie sind so ange, daß garantiert keine objektive Frage dabei mehr herauskommt; mit der Kundgabe der vorherrschenden Gefühlsstimmung, die allemal das Leben mit Restrisiken achselzuckend hinnimmt, ist ja das leerste und umfassendste Urteil über alles schon abgegeben: Der Mensch fühlt sich irgendwie. Es macht aber auch nichts, wenn er sich irgendwie schlecht fühlt. Das ist zwar schade, spricht aber genau wie im umgekehrten Fall weder für noch gegen irgendwas. Die eigene Befindlichkeit, Gefühlsgestimmtheit ist eben ein schlechter Urteilsgrund, weil sie als Urteil über äußere Bedingungen des Individuums genommen werden will, die zugleich als Gründe des Gefühls negiert werden. Genau so taugt sie zur Erledigung aller Themen, die früher einmal umstritten waren. Die moderne Widerlegung der Ausbeutung lautet: "Fragen Sie doch einmal einen Arbeiter, ob er sich ausgebeutet vorkommt!"

Die Optimismus-Kampagne des Kanzlers ("Es kommt nur darauf an, wie man's sieht") hat also gezogen. Nicht, weil Kohl so einleuchtend grinsen kann, sondern weil die Adressaten derselben Meinung sind. Sie wollen sich ihre Stimmung nicht vorgeben lassen, über ihre Betroffenheit selbst entscheiden, also *über sich eine gute Meinung* haben. Darin sind sie ganz prinzipiell Optimisten, auch wenn sie zuweilen über ganz besondere Lasten jammern; wer jammert, klagt ja auch über Unverdientes und läßt sich nichts nachsagen.

Überhaupt nimmt in dem Maße, wie allgemein ein positives Selbstbild als Inbegriff, Ersatz und Beweis einer guten Lebenslage geschätzt wird, die *Ehre* den Charakter eines geistigen Volksnahrungsmittels an. Arbeitern mag man viel über Lohn und Leistung, Ausbeutung und Entlassungen erzählen - das verstehen sie vielleicht nicht, weil sie "doch zurechtkommen". Aber als "Proleten" brauchen sie sich nicht bezeichnen zu lassen. Dieser Standpunkt ist so radikal, daß er auch bei anderen die Reputation in Schutz nimmt. In öffentlichen Diskussionsrunden oder Universitätsseminaren mögen die Teilnehmer vom Anliegen des anderen tausendmal nichts halten und das auch zu erkennen geben - als seine "persönliche Sicht" und ehrenwert gemeint müssen sie es respektieren. Im übrigen beklagen sich Leserbriefe darüber, daß nach der "heute"-Nachricht von Hänschen Rosenthals Tod glatt, als wäre nichts geschehen, eine heitere Familienserie gestartet wurde: Beleidigung des allemal fälligen Gedenkens an einen Toten.

So respektiert und gefühlsmäßig mit sich einig richten sich schließlich immer mehr Leute ganz unpolitisch in der schönen Heimat BRD ein. Solider politisiert als alle anderen, halten sie die politische Ordnung für dasselbe wie die berufliche Arbeitsteilung und mischen sich in deren Geschäfte genausowenig ein wie in die Elektroinstallation, von der sie "auch nichts verstehen". Sie glauben am reinsten die Lüge, in der Politik gehe es um nichts als Sachverstand und Verantwortung, halten beides für gut bei ihr aufgehoben - und kommen sich selbst als die wirklichen Materialisten vor, die eben an sich denken, ihren Neigungen nachgehen und ihre Probleme lösen, wenn sie sich raushalten und sich unnützen politischen Streit ersparen. Dabei tun sie wie alle übrigen, was verlangt wird. So sehen von unten die Sorgen um die deutsche Identität aus: Wie muß man sich und seine Lage interpretieren, damit man gut zu ihr paßt und sie einem paßt? Von der Lösung dieser Frage hängt nichts weiter ab, sie bringt noch nicht einmal Zufriedenheit - aber fürs Bewußtsein der Freiheit, die Lebenslüge kapitalistischer Untertanen, sich auf jeden Zwang nur aus Werthaltungen und eigenen Entscheidung heraus einzulassen, ist sie unerläßlich.

Zeitgeist umstritten und genossen

5

10

15

20

25

30

35

40

Glaubt man den professionellen Begutachtern des Zeitgeists aus den oberen Etagen der Gesellschaft, dann hat sich im Deutschland des 20. Jahrhunderts etwa folgendes abgespielt: Vor 1914 litten alle unter Endzeitstimmungen, bis 1918 machte sich eine Hochzeit des Heroismus breit, dann vergingen die goldenen Zwanziger im Rausch der Feste und Gesänge, bis wieder Kulturpessimismus Oberwasser gewann, der von Deutschtümelei abgelöst wurde... usw. Dieses Auf und Ab der immergleichen Anpassung fällt Leuten ein, die sich der geistigen Betreuung des Volks verschrieben haben. Seine "nationale Identität" halten sie für eine zugleich so wichtige wie wacklige Sache, daß sie am liebsten selbst dafür sorgen würden. Erst kürzlich wurde ein Streit zwischen Historikern ganz offen mit dem Anspruch ausgetragen, der Geist im Lande habe zu den Bedürfnissen der Nation zu passen. Die Beteiligten stritten darüber, ob sich die Deutschen mehr als "Deutsche" oder mehr als "Demokraten" fühlen sollten - und niemand nahm Anstoß daran, daß hier Meinungsdiktate kontrovers diskutiert wurden. Die geistige Selbstbetreuung, die längst stattfindet - und sich deshalb auch aus der obigen Debatte die jeweils gefallenden Ehrenpunkte herausfischte -, bildete das Argument einer anderen Sorte von Aufpassern. Die Deutschen brauchten keine Bevormundung, meinten sie, und könnten auf Nationalhymne im TV und drei Strophen Deutschlandlied in Baden-Württemberg verzichten, weil das aufgesetzt sei. Jeder solle sich aus seinen Gründen mit der Nation identifizieren dürfen, z.B. weil ihm die Nationalfarben einfach gefallen. - Braucht das Gemeinschaftsprojekt BRD eine passende Identität, oder werden durch die Suche nach dieser nicht Zweifel am Gemeinschaftsprojekt erweckt? Das Resultat solcher Streitigkeiten ist klar: Stolz auf Deutschland ist angebracht, und jeder darf sich darin frei fühlen, daß er sich die Gesichtspunkte dieses Stolzes selbst heraussuchen kann. Weil es dieses Bedürfnis im Volk schon gibt, ist der Verdacht der Manipulation ganz zu Recht nicht aufgekommen.

Die selbstbewußt betriebene und betreute Auflösung jedes Unterschieds - geschweige denn Gegensatzes - zwischen Bürger und Gemeinwesen führt nicht nur dazu, daß deutsche Nobelpreise und Wimbledonsiege mühelos Lohnprozente substituieren, wie auch eigener selbstloser Einsatz nur die Güte des Erfolgs belegt, der mit seiner Hilfe im Export und anderswo zustandekommt. Eine ganze Friedensbewegung ist damit zu Ende gegangen, daß ihre Teilnehmer keinen Vorwurf mit ihrem Anliegen verbinden wollten und sich auf die Rolle von *Repräsentanten einer Verantwortungshaltung* festlegen ließen, die Staat und Volk *eint*. Seitdem gibt es die Demonstration, daß man alles aus einer "Philosophie" heraus macht, auch *privat* in unübersehbarer Buntheit; und die ehemaligen Raketenkritiker unterscheiden sich mit einer moralisch-problembewußten *Lebenseinstellung* von anderen, die ihr Selbstgefühl als Angehörige einer starken Gemeinschaft mehr in "Luxus- und Konsumorientierung" heraushängen lassen.

Und ein Letztes konnte auch nicht ausbleiben. Die Wahrheit über den Zeitgeist, die jeder als persönliches Programm hinausposaunt: Unter allen Umständen "dabei" bleiben und das gut finden zu können, dient zu einer neuen Selbstdarstellung. Opportunismus ist auch nicht unschick, wenn man zu ihm steht mit der Pose, man würde ihn natürlich zugleich schwer "durchschauen". Eine "Zeitschrift für Zeitgeist" hebt auf diese *Mode* ab - deren Inhalt niemand interessieren will. Für ihn spricht ja das Interesse an allem, was "in" ist.